

Liebe Leserinnen und Leser,

die Bundesregierung setzt sich auf europäischer und globaler Ebene für eine Finanztransaktionssteuer mit möglichst breiter Bemessungsgrundlage ein, so Parlamentarischer Staatssekretär Koschyk bei der Anhörung unserer Kampagnenpetition im Bundestag. Dass sich die Bundesregierung so klar bekannt hat, ist ein eindeutiger Erfolg unserer Kampagne. Die EU-Kommission beginnt derweil mit der öffentlichen Konsultation zur Besteuerung des Finanzsektors. Aber noch bleibt offen, ob es zu einer europäischen Finanztransaktionssteuer, einer abgespeckten Steuer mit etlichen Ausnahmen in einer Koalition williger Staaten oder doch wieder zu einem Einknicken gegenüber der Finanzbranche kommen wird.

Das Europa-Parlament wird am 8. März in einer wichtigen Resolution darüber abstimmen, ob es von der EU eine **Vorreiterrolle** bei der Finanztransaktionssteuer fordert. Konservative und liberale Abgeordnete hatten dieses im Ausschuss Anfang Februar knapp aus dem Entwurf gestrichen.

Umso wichtiger, hier kurzfristiger Druck zu erzeugen!

Wir bitten bis zum 7. 3. um Unterzeichnung der Online-Petition an die EU-Parlamentarier unter <http://www.financialtransactiontax.eu/de/about> sowie um Weiterverbreitung dieser Information!

Inhalt:

- Entwicklungen im Inland
- Entwicklungen im Ausland
- Petition an EU-Abgeordnete
- Anhörung im Petitionsausschuss
- Globaler Aktionstag
- Neue Studien und Stellungnahmen

Entwicklungen im Inland:

25. Februar: In einer [parteiübergreifenden Erklärung](#) fordern Abgeordnete aller fünf Bundestagsfraktionen konkrete Schritte zur Erreichung des 0,7%-Ziels für die Entwicklungshilfe bis 2015. Dazu sollen auch innovative Finanzierungsmittel erschlossen werden.

23. Februar: In einem Entschliessungsantrag zum Euro-Stabilitätsmechanismus fordert die schwarz-gelbe Koalition eine europäische Finanzmarktsteuer und vermeidet dabei die eindeutige Festlegung auf eine Finanztransaktionssteuer ([Bdt-Drs. 17/4880](#)).

17. Februar: Globaler Aktionstag - auch in Berlin. [Robin Hood](#) besucht die Berlinale und die Botschaften von Spanien, Italien, Südafrika und Großbritannien.

7. Februar: Die Kampagne vertritt unsere Petition für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer vor dem Petitionsausschuss des Deutschen Bundestags. Die [taz](#) berichtet im Vorfeld, [andere Medien](#) im Nachhinein.

7. Februar: ÖDP-Stadtrat Schrollinger stellt den Antrag, die [Stadt Nürnberg](#) möge Mitglied der Kampagne "Steuer gegen Armut" werden.

4. Februar: In der Unions-Fraktion gibt es Überlegungen zu einer Finanztransaktionssteuer in einer

[Koalition der Willigen](#) - etwa Deutschland, Frankreich und Österreich. Das [Bundesfinanzministerium](#) macht sich die Forderung nicht zu eigen.

Entwicklungen im Ausland:

23. Februar: Die [EU-Kommission](#) startet einen Konsultationsprozess: Wie kann der Finanzsektor an den Krisenkosten beteiligt werden - Finanztransaktionssteuer, Finanzaktivitätsteuer oder Bankenabgabe?

21. Februar: Griechenlands Ministerpräsident [Georgios Papandreou](#) fordert eine europäische Finanzmarktsteuer als eine Möglichkeit, Infrastrukturprojekte in wirtschaftsschwachen Euro-Ländern zu finanzieren.

21. Februar: Die Kommission zur Untersuchung des [Dow-Jones-Kurssturzes](#) vom 7. Mai 2010 fordert implizit eine Finanztransaktionssteuer.

18. Februar: Frankreichs Präsident Sarkozy nennt die Finanztransaktionssteuer beim Auftakt des [G20-Finanzministertreffens](#) "gerecht, nützlich und effizient".

17. Februar: [Globaler Aktionstag](#) - in mindestens 25 Ländern finden Aktionen für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer statt.

9. Februar: Beim [Weltsozialforum](#) in Dakar wird Robin Hood erstmals im Senegal gesichtet.

4. Februar: [Österreichs Finanzstaatssekretär Schieder](#) unterstützt den Vorschlag deutscher Unionsabgeordneter, eine Finanztransaktionssteuer notfalls nur mit wenigen Staaten einzuführen.

3. Februar: [Kolumbiens Regierung](#) schliesst Schlupflöcher in der nationalen Finanztransaktionssteuer, um den Haushalt zu konsolidieren.

2. Februar: [Brasiliens Regierung](#) zieht die Wiedereinführung einer Finanztransaktionssteuer in Erwägung, um Gesundheitsausgaben zu finanzieren.

1. Februar: Der [Ausschuss für Wirtschaft und Währung](#) im Europa-Parlament unterstützt eine Resolution zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer (Podimata-Report). Mit einem denkbar knappen Ergebnis von 21:21 wird allerdings eine Passage gestrichen, die von der EU eine [Vorreiterrolle](#) fordert.

Finanztransaktionssteuer im EU-Parlament - Helft den Abgeordneten sich zu erinnern

Am 7./8. März steht im Europaparlament eine Resolution zur Einführung der Finanztransaktionssteuer zur Debatte und zur Abstimmung (Bericht zu innovativen Finanzinstrumenten unter Federführung der griechischen EU-Parlamentarierin Podimata). Und während lange alles klar schien - es gab eine Kompromissformulierung, die auch von den Konservativen mitgetragen wurde - ist die Zustimmung nun doch wieder fraglich. Im zuständigen Ausschuss für Wirtschaft und Währung wurde Anfang Februar eine wichtige Passage abgelehnt - nämlich die Aufforderung, die Finanztransaktionssteuer in einem ersten Schritt auch EU-weit einzuführen, falls es zu keiner globalen Einführung kommt. Einige Abgeordnete hatten sich bei der Abstimmung im Ausschuss leider nicht an den Kompromiss erinnert. Nun kommt es auf die Abstimmung im Plenum an.

ÖGB und Arbeiterkammer Wien haben eine Plattform entwickelt, mit deren Hilfe eine Erklärung unterzeichnet und per E-Mail an die Abgeordneten der jeweiligen Mitgliedstaaten in der Landessprache verschickt werden kann. Das heißt: Kreuzt ihr "Deutschland" an, geht eure E-Mail an alle deutschen MEPs.

Wir bitten dringend um Unterzeichnung!

<http://www.financialtransactiontax.eu/de/about>

Wortlaut der Petition:

"Sehr geehrte Abgeordnete, das Europäische Parlament wird demnächst einen Bericht über innovative Finanzierungen auf globaler und europäischer Ebene zur Abstimmung bringen. Die Möglichkeit einer Besteuerung von Spekulation und Finanztransaktionen erreicht dabei eine kritische Phase. Als demokratisch gewählte VertreterInnen der europäischen BürgerInnen übernehmen Sie dabei eine große Verantwortung. Unterstützen Sie daher bitte die Einführung einer Finanztransaktionssteuer auf europäischer Ebene, damit sichergestellt ist, dass auch der Finanzsektor seinen fairen Beitrag zur Bewältigung der Krise leistet. Sagen Sie „Ja!“ zu einer europäischen Finanztransaktionssteuer!"

[Zum Podimata-Report auf den Seiten des Europa-Parlaments.](#)

7. Februar: Kampagnen-Petition im Bundestag

Am 7. Februar fand die öffentliche Anhörung zur [Petition unserer Kampagne](#) im Petitionsausschuss des Deutschen Bundestags statt. Für die Petenten sprachen Jörg Alt und Peter Wahl. Der Vertreter des Bundesfinanzministeriums war der Parlamentarische Staatssekretär Hartmut Koschyk (CSU). Argumentativ konnte die Kampagne punkten und die Resonanz war weitgehend positiv: Die Oppositionsparteien, zugleich auch Mitglieder in der Kampagne, stellten konstruktive Fragen, die FDP gab sich höflich, fast desinteressiert. In Reihen der Unions offenbarten sich allerdings Differenzen: Zwei der Unionsabgeordneten äusserten sich skeptisch bis ablehnend, während sich der Vertreter des Bundesfinanzministeriums in vielen Punkten in unserem Sinne äusserte. Seitens der Bundesregierung wurde aber deutlich gemacht, dass die Einnahmen in den allgemeinen Haushalt fließen sollen und sie eine Zweckbindung grundsätzlich ablehne. Die Bundesregierung habe auch keine Position zum Steuersatz (damit wurde ein in den letzten beiden Newslettern aufgegriffener Bericht der FTD zu einem präferierten Steuersatz von 0,01 % dementiert), man strebe aber eine möglichst breite Bemessungsgrundlage an und trete für eine weltweite oder europäische Einführung ein. Regionale und überregionale Print- und Rundfunkmedien berichteten, der SWR brachte einen Fernsehbeitrag. Die Anhörung wurde über das Parlamentsfernsehen in voller Länge übertragen. [Mehr Informationen, Fotos und der Link zur Aufzeichnung auf der Kampagnenseite.](#)

17. Februar: Globaler Aktionstag

In 25 Ländern fanden am 17. Februar 2011 zivilgesellschaftliche Aktionen zur Finanztransaktionen statt: in Argentinien, Australien, Belgien, Burkina Faso, Brasilien, die Demokratische Republik Kongo, Deutschland, Frankreich, Ghana, Großbritannien, Italien, Japan, Kanada, Malawi, Mali, Mexiko, Nepal, Niederlande, Norwegen, Österreich, Ruanda, Senegal, Spanien, Südafrika und den USA. [Zur Flickr-Fotogalerie](#), zur [Aktions-Weltkarte](#) und zum [Aktions-Video](#).

In Großbritannien fanden medienwirksame Aktionen gleich an sieben verschiedene Orten statt, in Deutschland war die Kampagne auch mehrfach aktiv: Als Robin Hoods kostümierte AktivistInnen der

Kampagne besuchten in Berlin die **Botschaften** von Spanien, Italien, Südafrika und Großbritannien und übergeben an die Botschafter einen Brief mit der Kampagnenforderung. Die Kampagne hatte die Botschafter im Vorfeld um Gesprächstermine gebeten - leider erfolglos. Außerdem besuchte Robin Hood und seine Gefolgschaft am selben Tag die **Berlinale**. Die Finanztransaktionssteuer wurde ein echter Star und Liebling der Paparazzi!

Filme von Oxfam zum [Botschaftsbesuch](#) und zum Robin Hood-Auftritt bei der [Berlinale](#). [Fotogalerie bei Attac](#) , den [Jusos](#) und Bericht im [Vorwärts](#).

Ebenfalls am globalen Aktionstag forderten 101 Organisationen Sarkozy per Brief auf, nach dem Vorbild der Landau-Konferenz eine hochrangige Konferenz zur Besteuerung des Finanzsektors zu organisieren. Zugleich startet eine [globale Petition an die G20](#).

Pressemitteilung der Kampagne Steuer gegen Armut zum weltweiten Aktionstag:
[Weltweiter Aktionstag: Finanztransaktionssteuer noch 2011!](#)

Neue Studien und Stellungnahmen

New Economics Foundation: Feather-bedding Financial Services

Große Banken sind "too big to fail". Das Institut "New Economics Foundation" hat berechnet, dass britische Banken durch implizite Staatsgarantie versteckte Subventionen in Höhe von 30 Mrd. Pfund von den SteuerzahlerInnen erhalten. Zusätzlich profitieren die Banken derzeit von künstlich niedrig gehaltenen Zinssätzen und den Anleiheankaufprogrammen der Zentralbanken mit mindestens 200 Mio. Pfund. Und anstelle ihre Rekapitalisierung durch Kürzungen von Boni und Dividenden zu finanzieren, werden Bankkunden durch erhöhte Zinsen belastet - ein weiterer Betrag von 2,5 Mrd. Pfund. Die Bankenabgabe der britischen Regierung soll dagegen nur 2,5 Mrd. Pfund Einnahmen erbringen.
[Mehr..](#)

Herzlichst, Ihre Newsletter-Redaktion

www.steuergegenarmut.org, auf [Facebook](#) und auf [Twitter](#)

Der Newsletter der Kampagne "Steuer gegen Armut" wird monatlich und bei besonderen Anlässen verschickt. Die Redaktion liegt bei Attac. Wenn Sie diesen Newsletter in Zukunft nicht mehr erhalten möchten, folgen Sie dem untenstehenden Link oder schicken eine Mail an finanztransaktionssteuer@attac.de.